

Definitiv – Définitivement

Für den Antrag der Minderheit II
Für den Antrag Reichling

82 Stimmen
49 Stimmen

*Hier wird die Beratung dieses Geschäftes unterbrochen
Le débat sur cet objet est interrompu*

*Schluss der Sitzung um 10.00 Uhr
La séance est levée à 10 heures*

Fünfte Sitzung – Cinquième séance

Montag, 4. Dezember 1978, Nachmittag

Lundi 4 décembre 1978, après-midi

14.15 h

Vorsitz – Présidence: Herr Generali

Präsident: Onorevoli colleghi e colleghi, vi porgo il più cordiale benvenuto e vi auguro una buona settimana.

Wir haben einen bedeutenden Abstimmungssonntag nicht ohne Spannung erlebt. Die Stimmabstimmung war nicht überragend; sie ist in den letzten zwei Jahren meist höher, nur ein bis zweimal etwas schlechter gewesen. Der Souverän hat drei von vier Vorlagen des Parlamentes mit gutem bis sehr gutem Stimmverhältnis angenommen. Die Bundesicherheitspolizei ist deutlich abgelehnt worden. Wenn man aber von den Westschweizer Kantonen und den beiden Basel absieht, liegen die Ja- und Neinstimmen in den meisten Kantonen nahe beieinander. Der Bürger hat sich offenbar in einem Wertungskonflikt befunden. Den Ausschlag haben schliesslich die föderalistischen Bedenken gegeben. Dass der Föderalismus lebendig ist, kann uns nur freuen. Hoffentlich wird nicht vergessen, dass der Föderalismus auf der andern Seite auch zu Eigenleistungen der Kantone verpflichtet.

78.019

Bundesfinanzreform 1978**Réforme des finances fédérales 1978**

Fortsetzung – Suite

Siehe Seite 1638 hiervor — Voir page 1638 ci-devant

*Differenzen – Divergences***Art. 9 Abs. 2 Bst. e und g**

Antrag der Kommission

Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Minderheit

(Letsch, Allgöwer, Biel, Fischer-Bern, Rüegg)

Festhalten

Art. 9 al. 2 let. e et g

Proposition de la commission

Majorité

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Minorité

(Letsch, Allgöwer, Biel, Fischer-Berne, Rüegg)

Maintenir

Letsch, Sprecher der Minderheit: Darf ich einleitend feststellen, um jegliche Missverständnisse zu beseitigen, dass wir hier nicht um den verfassungsmässigen Höchstsatz der Mehrwertsteuer diskutieren. Dieser ist in Artikel 41ter verankert und mit 8 Prozent unbestritten geblieben. Hier, in Artikel 9 der Uebergangsbestimmungen, geht es darum, welcher Steuersatz am Anfang gelten und wer für die spä-

tere Erhöhung eines eventuell reduzierten Anfangssatzes auf den verfassungsmässigen Höchstsatz zuständig sein soll. Die Minderheit beantragt, mit sieben Prozent zu beginnen und dem Parlament, also nicht dem Bundesrat, die Möglichkeit zu geben, diesen Satz später anzuheben. Zwei Gründe sind für uns entscheidend, ein volkswirtschaftlicher und ein staatspolitischer:

Aus volkswirtschaftlicher Sicht wären heute Steuerentlastungen und nicht Steuererhöhungen angezeigt. Wenn man sich trotzdem für gewisse Mehreinnahmen zugunsten des Bundes entschliesst, so sollten diese jedenfalls sehr massvoll sein. Nach Abzug der Entlastungen bei der direkten Bundessteuer bringen 8 Prozent Mehrwertsteuer dem Bund rund 1,4 Milliarden ein, 7 Prozent immer noch rund 700 Millionen. Diese 700 Millionen müssen von irgend jemandem getragen werden. In der heutigen und vorläufig anhaltenden Rezession lässt der Markt die vom Gesetzgeber an sich gewollte Ueberwälzung auf den Konsumenten nicht oder nur sehr begrenzt zu. Mit andern Worten gesagt: In den Betrieben entstehen zusätzliche Kosten und, bei sonst unveränderten Bedingungen, geringere Erträge. Während wir also auf der einen Seite nach Massnahmen rufen und Massnahmen treffen, um der bedrängten Wirtschaft zu helfen, sind wir auf der andern Seite im Begriffe, derselben Wirtschaft neue Lasten im Uebermass aufzuladen.

Nun hört man zwar etwa den Einwand, der Bundesrat habe auch nach dem Beschluss des Ständerates die Möglichkeit, den Mehrwertsteuersatz unter 8 Prozent zu senken. Wenn er das tätte, wäre dem volkswirtschaftlichen Anliegen für einmal Rechnung getragen. Ob er es aber tun wird, wissen wir nicht. Diesbezüglich Klarheit zu schaffen, ist deshalb das erste staatspolitische Anliegen der Minderheit. Wir möchten wissen, was in der heute überblickbaren Einführungsphase der Mehrwertsteuer gilt. Darüber hinaus stellt sich die Frage, wer denn für die spätere Erhöhung eines einmal reduzierten Steuersatzes zuständig sein soll. Wir sind der Meinung, dass das Parlament dieses wichtige finanzpolitische Führungsinstrument nicht aus der Hand geben darf. Es ist doch wirklich nicht mehr ganz verhältnismässig, wenn auf der einen Seite in diesem Rat und in der Finanzkommission stundenlang debattiert wurde, ob einem Orchesterverein 100 000 Franken mehr oder weniger Subvention zufließen sollen, und wir auf der andern Seite nicht zögern, den Bundesrat zu ermächtigen, Hunderte von Millionen Franken mehr oder weniger Steuern einzukassieren. Eine solche Kompetenzdelegation ist auch schlecht vereinbar mit der bewegten Klage, das Parlament werde laufend entmachtet, und es müsse sich durch eine Strukturreform wieder aufwerten. An diesem Beispiel haben wir Gelegenheit, uns nicht entmachten zu lassen.

Schliesslich frage ich vor allem die Juristen in diesem Saal, ob ihnen denn eigentlich der hier angerichtete verfassungsrechtliche Salat nicht bitter schmecke. Der neue Konjunkturartikel 31quinquies sieht bekanntlich die Möglichkeit vor, zur Stabilisierung der Konjunktur auf bundesrechtlichen Abgaben Zuschläge zu erheben, diese stillzulegen und Rabatte zu gewähren. Dazu braucht es aber gemäss Artikel 32 der Bundesverfassung «Bundesgesetze oder Bundesbeschlüsse, für welche die Volksabstimmung verlangt werden kann». Hier nun verankern wir für denselben Fall, für den Fall nämlich, dass es die Wirtschaftslage erfordert, nicht bloss eine Abschöpfungs-, sondern eine Steuerflexibilität. Und für diese Steuerflexibilität wollen wir ausser dem Souverän gleich auch noch das Parlament ausschalten. Wahrlich eine vor Konsequenz und Grundsätzen strotzende Verfassungsgesetzgebung!

Zusammenfassend bitte ich Sie, im Interesse einer klaren und volkswirtschaftlich vertretbaren Lösung, den Anfangssatz der Mehrwertsteuer auf sieben Prozent festzulegen und die Kompetenz für die spätere Erhöhung auf acht Prozent dem Parlament zuzuweisen. Unser Rat hat übrigens diese Lösung bereits in der Herbstsession mit 93 zu 49 Stimmen als richtig erachtet.

M. Richter, rapporteur: Nous sommes ici aux pages 4 et 5 du dépliant de langue française, article 9, 2^e alinéa, lit. e. C'est l'article qui détermine les taux de l'impôt, je vous le rappelle. Ces taux, selon le projet du Conseil fédéral, étaient situés à 2,5, 5 ou 8 pour cent, selon les catégories de produits ou de transactions touchés; 2,5 pour cent sur les transactions et importations dont la liste figure au-dessous de cette rubrique, 1,5 pour cent sur les prestations de l'hôtellerie et de la restauration, 8 pour cent sur les transactions et l'importation d'autres marchandises ainsi que pour tous les produits non retenus par une autre rubrique.

Vous vous souvenez des débats qui ont eu lieu ici même où, en définitive, vous aviez adopté une formule, un taux ramené à 2, 4 et 7 pour cent pour ces différentes rubriques, mais en admettant que ces taux d'imposition peuvent être encore diminués ou, par un arrêté fédéral simple, portés de 2 à 2,5, de 4 à 5 ou de 7 à 8 pour cent, les besoins financiers de la Confédération ainsi que la situation économique devant alors être pris en considération.

Votre commission n'a pas longuement délibéré de l'une ou l'autre solution, elle s'est ralliée finalement à la conclusion du Conseil des Etats par 13 voix contre 5. Il sied de souligner qu'un abaissement des taux de 2,5, 5 et 8 pour cent à 2, 4 et 7 pour cent entraînerait une perte de recettes supputée à 565 millions pour 1980 et 785 millions pour 1981, selon les indications livrées par l'administration.

Eisenring, Berichterstatter: Bei dieser Entscheidung geht es bekanntlich darum, ob in der Uebergangsbestimmung als Einheitsatz 8 Prozent (bzw. die entsprechend reduzierten Sätze) oder 7 Prozent gelten sollen. Die Darlegungen des Herrn Letsch haben Ihnen klargemacht, dass seine Hinweise auf die Berücksichtigung der heutigen wirtschaftlichen Situation abzielen, um zu begründen, dass von Gesetzes wegen mit dem Maximalsatz von 7 statt 8 Prozent begonnen werden sollte.

Nun ist die heutige wirtschaftliche Lage hoffentlich nicht dieselbe wie in ein bis zwei Jahren oder später; mit andern Worten: Die heutige wirtschaftliche Lage würde zwar sehr dafür sprechen, mit 7 Prozent zu beginnen. Es ist auch ganz klar (die entsprechenden Darlegungen in der Kommission haben diese Ueberzeugung deutlich gemacht), dass der Bundesrat unter wirtschaftlichen Verhältnissen wie sie heute bestehen, nicht mit 8 Prozent, sondern mit 7 Prozent beginnen würde, um den von Herrn Letsch getroffenen Ueberlegungen in vollem Umfange Rechnung zu tragen. Nun ist es aber denkbar -- ja erwünscht, und man erhofft das auch --, dass die wirtschaftliche Lage eines Tages doch wieder besser wird und, je nach Termin der Inkraftsetzung der Mehrwertsteuer, zu jenem Zeitpunkt eventuell mit 8 Prozent begonnen werden könnte, eben nach Behebung der heutigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Ich glaube daher, die Frage der 8 Prozent muss getrennt von der heutigen Situation behandelt werden -- obwohl es sich nur um die Uebergangsordnung handelt, die immerhin sechs Jahre dauern soll. Das würde allerdings bedingen (das war auch die Meinung der grossen Mehrheit der Kommission, die Ihnen mit 13 zu 5 Stimmen Zustimmung zum Ständerat beantragt), dass unter wirtschaftlichen Verhältnissen wie derzeit der Bundesrat von seiner Senkungskompetenz auf 7 Prozent Gebrauch machen, d. h. nicht mit 8 Prozent beginnen würde.

Die von Herrn Letsch aufgeworfene Frage, es sei gesetzgeberisch Klarheit zu schaffen, hat etwas für sich. Aber es könnte, falls sich die Konjunktur erholt, der Fall eintreten, dass man, wie dargelegt, bei Inkraftsetzung gleich auf 8 Prozent gehen könnte, weil dannzumal unter Umständen 8 Prozent verantwortet werden könnten. Materiell geht es bei 8 bzw. 7 Prozent um eine Summe zwischen 700 bis 800 Millionen Franken. Wenn wir schon von Finanzreform sprechen, ist es gegeben, ernst zu machen mit der Verkürzung der Finanzierungslücke des Bundes; mit andern Worten: Es gilt die Chance einzuräumen, allenfalls

unter diesem Titel auch in der Uebergangszeit 800 Millionen Franken mehr einzunehmen. Die Situation ist im Moment unüberblickbar; aber wir haben Anlass, diese 8 Prozent – nur um glaubwürdig zu sein, dass es sich um eine Finanzreform handelt – in die Verfassung aufzunehmen, wobei unterstellt ist, dass der Bundesrat *hic et nunc* (unter den Verhältnissen, wie sie heute leider bestehen) vom folgenden Absatz, nämlich der Senkungskompetenz, Gebrauch machen würde.

In der Kommission war die Angelegenheit kaum umstritten. Dazu hat sich nur Herr Letsch geäussert, in anderem Zusammenhang auch noch Herr Biel. Der Entscheid ist aber eindrücklich gefallen. Wie ich bereits sagte, hat die Kommission sich mit 13 Stimmen für 8 Prozent (bzw. 5 und 2,5 Prozent) entschieden; auf den Antrag Letsch (7 Prozent, bzw. 4 und 2 Prozent) entfielen 5 Stimmen.

Ich bitte Sie, der Kommissionsmehrheit zuzustimmen und damit auch diese Differenz zum Ständerat zu beseitigen.

M. Chevallaz, conseiller fédéral: Je comprends le souci de M. Letsch de ne pas charger d'emblée de toute l'augmentation d'impôts une économie qui serait en situation de difficultés. Dès lors, sa proposition d'inscrire un taux de 7 pour cent dans les dispositions transitoires et de laisser le 8 dans les dispositions principales. Mais nous ne pouvons nous y rallier. Nous ignorons, en effet, quelle sera la situation économique du pays en 1980/1981 et nous ne voulons pas d'emblée admettre que cette situation sera gravement détériorée. En effet, nous avons pu constater, ces dernières semaines, que les mesures que nous avons prises avec la Banque nationale et avec d'autres Etats pour la modération du franc ont certainement réalisé une certaine amélioration dans les perspectives prochaines: L'évolution économique de nos voisins ne nous donne pas non plus droit au pessimisme. Nous préférons, dès lors, la version du Conseil de Etats qui est d'ailleurs la nôtre, qui était la nôtre initialement et qui est celle de votre commission et qui nous paraît aussi plus franche, plus directe vis-à-vis du peuple suisse. Le chiffre de 8 pour cent serait inscrit dans les deux dispositions constitutionnelles. Mais le Conseil fédéral – et je tiens bien à le répéter ici – par la compétence qui lui serait donnée, fera usage de la clause de flexibilité qui lui est attribuée d'appliquer un taux inférieur tant que les conditions économiques le justifieraient. Mais, si les conditions économiques le permettent, nous ne devons pas perdre de vue l'objectif qui est d'assainir les finances de la Confédération dans le délai de 1981. Cet assainissement sera d'ailleurs favorable à notre économie, car un état endetté ne peut être daucun profit pour l'essor économique du pays. Sept pour cent ne permettent pas l'assainissement de nos finances. Dès lors, je vous demande de suivre les propositions de votre commission et du Conseil des Etats.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit	53 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit	27 Stimmen

B

Bundesgesetz über die Verrechnungssteuer

Loi fédérale sur l'impôt anticipé

M. Richter, rapporteur: Vous vous souvenez que, lors de notre dernière séance, nous avions interrompu nos délibérations sur cet objet, retenus que nous avions été par une question de procédure. M. Riesen avait déposé une motion à laquelle il souhaitait qu'un débat prioritaire fût accordé. Il a été décidé tout d'abord de liquider l'arrêté A, pour passer ensuite à l'arrêté B.

Nous nous trouvons dès lors devant une question de procédure. Il me paraît utile de reprendre les différentes étapes de cette affaire.

Le 28 septembre 1978, le Conseil national a fait sien un postulat de la commission élargie, postulat Leo Weber, demandant au Conseil fédéral de faire rapport aux Chambres jusqu'à la session d'hiver 1978 et de leur soumettre au besoin des propositions en vue d'établir les fondements juridiques d'une imposition particulière des banques. Le texte de ce postulat, qui figure dans le dépliant, a été adopté par le plenum.

Le 6 octobre 1978, le Conseil fédéral a adressé à la commission du Conseil des Etats une lettre dans laquelle il proposait aux Chambres de compléter l'arrêté B – celui qui nous occupe maintenant – par des dispositions visant à percevoir un impôt de 5 pour cent sur les intérêts des placements fiduciaires auprès des banques et des caisses d'épargne.

Les 13 et 14 octobre 1978, la commission du Conseil des Etats a refusé, par 13 voix contre 1, d'entrer en matière sur cette proposition du Conseil fédéral. Vous trouvez au procès-verbal des délibérations de la séance du 24 octobre 1978 les décisions de ce Conseil à ce propos, décisions qui se fondent sur l'article 16, 2e et 3e alinéas, de la loi sur les rapports entre les deux conseils, selon lesquels la nouvelle délibération est circonscrite aux questions sur lesquelles l'accord n'a pu s'établir (al. 2) et qu'une délibération ne peut avoir lieu sur d'autres questions que si elle est rendue nécessaire par les nouvelles décisions ou si les commissions des deux conseils en font la proposition d'un commun accord (al. 3).

Le 24 octobre, se fondant sur cet article, le Conseil des Etats n'est donc pas entré en matière. Il a aussi repoussé une proposition visant au renvoi de l'affaire à sa commission, cela par 22 voix contre 12.

Enfin, le 29 novembre 1978, M. Riesen a déposé une motion d'ordre visant au réexamen de l'imposition des avoirs fiduciaires rejetée par le Conseil des Etats. Pour sa part, M. Weber-Arbon, se fondant sur l'article 101 de la constitution, a estimé que le Conseil fédéral peut faire des propositions en tout temps sur les objets en délibération, c'est-à-dire même au cours de la procédure d'élimination des divergences. Nous avons alors demandé au Secrétariat général de l'Assemblée fédérale d'examiner le problème, ce qui fut fait durant ce week-end, et voici les conclusions du secrétaire général de l'Assemblée fédérale. Selon lui, l'article 101 de la constitution ne permet pas au Conseil fédéral de faire des propositions en tout temps sur des affaires en délibération. En effet, dès l'instant où un point particulier n'est plus l'objet d'une divergence, le Conseil fédéral ne pourrait plus intervenir. Toutefois, l'article 16 régissant les rapports entre les conseils prescrit que, dans la procédure d'élimination des divergences, les délibérations sont circonscrites, comme je l'ai dit, aux questions sur lesquelles l'accord n'a pas pu intervenir et pour qu'il en aille autrement, il faudrait que les commissions des deux conseils en fassent la proposition, mais cela d'un commun accord.

Il est vrai que les deux commissions ne se sont jamais réunies pour discuter de cette affaire. Il est vrai aussi qu'elles n'ont jamais reçu le mandat de se réunir à cet effet. Selon le secrétaire général de l'Assemblée, la motion présentée par M. Riesen ne peut être admise que comme un mandat du Conseil national à sa commission, mandat qui consisterait à lui demander de discuter avec la commission du Conseil des Etats pour essayer de parvenir à une entente, afin que l'affaire puisse être l'objet par la suite d'une nouvelle discussion au sein des deux conseils.

Voilà le cheminement de procédure par lequel nous arriverions à une issue qui pourrait, partiellement tout au moins, donner satisfaction à M. Riesen, en ce sens que sa proposition pourrait être étudiée par les conseils, pour autant que vous nous en donniez le mandat.

Eisenring, Berichterstatter: Wir beraten den Bundesbeschluss B. Ich verweise darauf, dass in der vorberatenden

Kommission im Rahmen des Differenzbereinigungsverfahrens in der Sitzung vom 20. November der Beschluss laut Protokoll mit der einfachen Bezeichnung «keine Differenzen» verabschiedet worden ist. Herr Riesen hatte schon in der Kommission vorgängig einen Ordnungsantrag gestellt, auf die Frage der Verrechnungssteuer auf Treuhandgeschäften zurückzukommen. Die Kommission lehnte diesen Antrag mit 8 zu 14 Stimmen ab. Von Bedeutung scheint mir die Tatsache zu sein, dass am 20. November, als die Differenzbereinigungssitzung stattgefunden hat, der Brief des Bundesrates, der allerdings nur an die ständerätliche Kommission gerichtet war, bekannt war. Unterstellt werden darf in diesem Sinne, dass der nationalrätlichen Kommission der Inhalt des bundesrätlichen Briefes an die ständerätliche Kommission nicht unbekannt hat sein können.

Nun hat Herr Riesen im Zusammenhang mit der Debatte vor diesem Rat erneut den Antrag auf Rückkommen gestellt. Er hat dies in der Form eines Ordnungsantrages getan. Es sollten demnach der Nationalrat und anschliessend der Ständerat auf die Angelegenheit zurückkommen und im Rahmen des «Finanzpaketes» – also der Beschlüsse A und B – die Verrechnungssteuer auf Zinsen von Treuhandguthaben einführen. Nationalrat Riesen betonte in diesem Zusammenhang, dass der Antrag des Bundesrates nach seiner Wertung der Dinge, und offenbar auch der sozialdemokratischen Fraktion, eine neue Tatsache darstelle; denn es bestehe kein Zusammenhang mit der Differenzbereinigung, obwohl im Differenzbereinigungsverfahren – wie ich einleitend ausführte – das Schreiben des Bundesrates an die ständerätliche Kommission bekannt war. Der Nationalrat könne nach den Ausführungen von Herrn Riesen den Antrag des Bundesrates nun nicht übergehen, wobei besonders festzuhalten ist, dass Herr Riesen seinerseits glaubt, einen Antrag des Bundesrates, den dieser der ständerätlichen Kommission gegenüber gestellt hat, aufnehmen zu können.

Die Darlegungen von Herrn Nationalrat Weber-Arbon beschäftigen sich namentlich mit der verfahrensrechtlichen Situation. Er ging richtigerweise davon aus, dass der Ständerat und die ständerätliche Kommission materiell die Beratung durchgeführt hätten; die Vorlage ist aber in der Folge abgelehnt worden. Herr Weber-Arbon berief sich namentlich auf Artikel 101 der Bundesverfassung, wonach der Bundesrat jederzeit das Recht habe, zu in Beratung liegenden Gegenständen Anträge zu stellen, und dieses Recht ist nach Herrn Weber-Arbon so umfassend, dass es auch im Differenzbereinigungsverfahren zur Anwendung gelangen müsste. Wenn der Bundesrat – dahin ging die Zielsetzung von Herrn Weber-Arbon – den Ordnungsantrag von Herrn Riesen als eigenen Antrag bestätigen würde, so könnten wir hier darüber nicht nur formell, sondern auch wieder materiell beraten. Freilich müsste zu diesem Zweck laut Artikel 16 Absatz 3 Rückkommen beschlossen werden. Herr Weber-Arbon berief sich dann noch im besondern darauf, der Antrag sei an und für sich an beide Räte gerichtet, obwohl das Schreiben des Bundesrates nur an die ständerätliche Kommission gerichtet ist, wobei also auch hier eine Frage zur Diskussion steht, die nicht abschliessend hat geklärt werden können.

Bemerkenswert ist, dass zwischen den Ausführungen von Herrn Riesen einerseits und Herrn Weber-Arbon andererseits gewisse Widersprüche bestehen; denn Herr Riesen hat dargelegt oder mindestens den Eindruck erweckt, als ob der Brief des Bundesrates an die ständerätliche Kommission eine Art neue Vorlage sei, also gar kein Zusammenhang bestehen würde zwischen der uns vorliegenden Fassung und dem Differenzbereinigungsverfahren. Andererseits wäre nach dem Votum von Herrn Weber-Arbon Rückkommen zu beschliessen, im Sinne von Artikel 16 Absatz 3, wie ich bereits ausgeführt habe. Nun hat sich die Situation wohl etwas kompliziert durch die allein von den Promotoren dieser Antragstellung erfolgten Darlegungen.

Zusammenfassend muss vorfrageweise wohl zuerst der Sinn des Antrages von Herrn Riesen geklärt werden. Ver-

langt er direkt und ohne Rücksicht auf Artikel 16 Absatz 3 des Geschäftsverkehrsgesetzes die materielle Diskussion im Nationalrat – und anschliessend auch im Ständerat – über die Vorschläge des Bundesrates, laut Schreiben vom 6. Oktober, oder wünscht er nur, dass die Kommission beauftragt wird, nochmals die Wiederaufnahme der Debatte zu prüfen und mit der ständerätlichen Kommission Führung zu nehmen? Um diese wichtige Frage scheint es zu gehen. Nun kann man in diesem Zusammenhang allerdings auch die Frage aufwerfen, ob der Bericht des Bundesrates «eigentlich eine neue Botschaft bedeutet», insbesondere nachdem er durch das Postulat unserer Kommission bzw. Ihres Rates bereits beauftragt ist, einen entsprechenden Bericht auszuarbeiten und allenfalls Vorschläge zu formulieren. Nun kann aber nach dem Wortlaut und dem allgemeinen Verständnis, wie es sich aus dem Brief vom 6. Oktober ergibt, nicht geschlossen werden, dass der Bundesrat mit dieser Vernehmlassung gegenüber der ständerätlichen Kommission gar eine Botschaft hat ersetzen wollen. Das erheilt sich ja schon daraus, dass dieses Schreiben nur an die ständerätliche Kommission gerichtet ist, keine Veröffentlichung erfolgte, selbstverständlich auch keine Drucklegung im «Bundesblatt» usw. Sodann ist zu berücksichtigen, dass der Ständerat – und wir bewegen uns im Differenzbereinigungsverfahren – auch in Kenntnis des bundesrätlichen Briefes diese Ergänzung, wie sie nun im Rückkommen uns wieder unterbreitet werden soll, abgelehnt hat.

Es stellt sich nun in diesem Zusammenhang noch eine besondere Frage an die Adresse des Bundesrates, nämlich diejenige, ob dem Bundesrat eine Art «übergesetzliches Antragsrecht» zukommt, dass er sich nämlich im Differenzbereinigungsverfahren die Wiederaufnahme eines Antrages oder einer Ueberlegung auch ohne Zustimmung der beiden vorberatenden Kommissionen leisten könnte, im Gegensatz zu Artikel 16 Geschäftsverkehrsgesetz.

Sicher ist auf jeden Fall, dass, selbst wenn man ein übergeordnetes Antragsrecht des Bundesrates – ausgehend von Artikel 101 BV – annehmen würde, ein Ratsmitglied von diesem übergeordneten Antragsrecht des Bundesrates nicht wird Gebrauch machen können; es wird sich also nicht darauf zu berufen vermögen. Das kommt auch insfern zum Ausdruck, als Herr Weber-Arbon in seinen Ausführungen erklärte, der Bundesrat sollte den Inhalt des Antrages von Herrn Riesen eigentlich zu seinem eigenen Antrag machen. Das zeigt nun, dass auch nach Herrn Weber-Arbon dem Bundesrat kein übergesetzliches Antragsrecht, wie ich dargelegt habe, zukommt.

Zu berücksichtigen ist nun aber nicht nur Artikel 16 des Geschäftsverkehrsgesetzes in Verbindung mit Artikel 113 Absatz 3 der Bundesverfassung, wir haben auch Artikel 101 BV miteinzubeziehen. Aus Artikel 113 Absatz 3 ergibt sich die Regel, die von keiner Seite angefochten ist, dass nämlich das, was gesetzlich geregelt ist, nicht durch die Bundesverfassung geändert werden kann. Ich habe das vielleicht etwas einfach ausgedrückt, aber es soll zur allgemeinen Verständigung dienen. Sodann ist zu berücksichtigen, dass auch der Bundesrat nur – gegebenenfalls nur – Anträge stellen könnte für Beschlüsse, die, wie das in Artikel 101 formuliert ist, in Beratung liegende Gegenstände betreffen. Ich habe Ihnen einleitend dargelegt, dass laut Protokoll der vorberatenden Kommissionen über den Bundesbeschluss B (wortwörtlich) «keine Differenzen» mehr bestehen. Also kann man sich nicht darauf berufen, dass dieses Geschäft noch in Beratung liege, wie das in Artikel 101 formuliert ist.

Gesamthaft steht dem Bundesrat also kein übergesetzliches Recht auf Antragstellung zu. Ebensowenig kann ein Mitglied des Rates einen Antrag des Bundesrates übernehmen oder ihm empfehlen, diesen seinerseits in das gar nicht mehr hängige Verfahren einzubringen. Es ist denn tatsächlich auch kein Fall bekannt, wie die Bundeskanzlei festgestellt hat, wonach ein nachträglicher Antrag des

Bundesrates ohne Zustimmung der beiden vorberatenden Kommissionen im Plenum der Räte beraten worden wäre. Wenn ich zusammenfasse, so heißt dies, dass wir nach wie vor Artikel 16 des Geschäftsverkehrsgesetzes einzuhalten haben und Artikel 101 und Artikel 113 Abatz 3 keine andere Lösung erlauben. Es drängt sich daher die Schlussfolgerung auf, dass der Ordnungsantrag von Herrn Riesen verfahrensrechtlich unzulässig ist, sollte er nicht lediglich bezwecken, dass der Rat die Kommission beauftragt, zu versuchen, mit der ständerätlichen Kommission zu einem übereinstimmenden Wiederaufnahmeantrag zu gelangen. Mit anderen Worten: Der Ordnungsantrag wäre in seiner Zulässigkeit eingeschränkt und würde sich dahin richten, dass die Kommission unseres Rates neue Beratungen aufzunehmen und gemeinsam mit dem Ständerat zu beraten hätte, wie die Dinge weiter zu behandeln wären. Nun habe ich Ihnen aber schon dargelegt, dass der Ständerat den Versuch, die Treuhandgeschäfte unter die Verrechnungssteuer zu stellen, geprüft und das bundesrätliche Papier in Erwägung gezogen hat, aber zu einer Verwerfung gekommen ist, so dass die sachlichen Voraussetzungen, um hier zu einem Kompromiss zu gelangen, nach unserer Auffassung nicht bestehen.

Ich bitte Sie, in diesem Sinne Beschluss zu fassen.

Ordnungsantrag – Motion d'ordre

Kaufmann: Ich stelle Ihnen den Antrag, die Diskussion und die Abstimmung über den Ordnungsantrag Riesen und den Rückkommensantrag Weber-Arbon zu verschieben, und zwar mit folgender Begründung:

Sie haben jetzt während etwa 20 oder 30 Minuten die Referate der beiden Berichterstatter zu einer sehr komplizierten juristischen Frage gehört. Durchschnittliche Juristen wie ich haben sehr Mühe gehabt, diesen Ausführungen zu folgen. Ich glaube nicht, dass der Rat in der Lage ist, in diesen juristischen Fragen jetzt zu entscheiden. Das ist der erste Grund.

Dann aber widerspricht das Vorgehen auch dem, was wir am Donnerstag beschlossen haben. Wir haben doch am Donnerstag auf Antrag von Herrn Eisenring beschlossen, dass wir diese Diskussion und die Abstimmung verschieben, bis der Bericht des Bundesrates zu dieser Frage vorliegt. Diesen Bericht haben Sie nicht. Er soll zwar bereits vorhanden sein, aber er ist nicht verteilt worden, und wir werden doch das Recht haben, diesen Bericht auch schriftlich unter den Augen zu haben und zu studieren.

Ein weiteres Argument für diese Verschiebung: Es entspricht dem Postulat, das seinerzeit Herr Leo Weber in der Kommission eingebracht hat, dass der Bundesrat spätestens zur Wintersession einen Bericht vorlegt über die Fragen der Bankenbesteuerung, insbesondere auch zu dieser Treuhandbesteuerung. Diesen Bericht möchten wir haben, wenn wir endgültig zu dieser Bankenfrage Stellung beziehen. Nur dank diesem Postulat unseres Kollegen Leo Weber ist seinerzeit überhaupt der Antrag Stich abgelehnt worden, und zwar mit dem Zufallsmehr von 12:12 bei Stichentscheid des Präsidenten.

Ein Letztes: Diese Verschiebung verzögert die Differenzbereinigung nicht. Wir haben jetzt die Differenzbereinigung zum Beschluss A abgeschlossen. Dieses Paket geht an den Ständerat. Jetzt geht es um die Frage, ob allenfalls auf den Beschluss B zurückgekommen werden muss. Das können wir aber unabhängig vom Mehrwertsteuer- und Wehrsteuerpaket tun. Hier ist es zudem von untergeordneter Bedeutung, ob wir in einer Woche oder erst in einem Monat einig werden.

Präsident: Ich möchte Ihnen noch den Beschluss in Erinnerung rufen, den wir am letzten Donnerstag gefasst haben. Herr Kommissionsreferent Eisenring hatte den Antrag gestellt, die Beratungen über den Beschluss B abzubrechen und die Beschlüsse A, C und D in Beratung zu ziehen. Diesem Antrag ist der Rat gefolgt, so dass es sich

erübrigkt, heute über den Ordnungsantrag Riesen abzustimmen.

M. Riesen-Fribourg: Faisons de la procédure, faisons-en avec délices, il en restera toujours quelque chose si ce n'est pour le moins que personne ne comprendra plus rien au problème qui nous est posé. Pourtant, le sens de ma motion d'ordre était simple: essayer de remettre le train sur les rails et rien d'autre, essayer de créer une dernière possibilité de dialogue. A cette proposition, on a répondu par de la procédure; et je voudrais, ici, m'étonner devant le fait que le Secrétariat général de l'Assemblée fédérale passe, soi-disant, son week-end à élaborer des avis de droit pour combattre les propositions des parlementaires, pour essayer de les limiter dans leur activité et peut-être à propos de ce qu'il y a de plus sain dans celle-ci, à savoir dans leur droit de faire des propositions.

Encore une fois, ce n'est plus le moment de faire de la procédure, mais bien celui de dire si, dans ce paquet, nous voulons encore, en dépit de l'article 16 de la loi sur les rapports entre les conseils ou malgré l'article 101 de la constitution, si nous voulons, dans ce paquet, insérer encore l'imposition des avoirs fiduciaires des banques.

Et maintenant, une dernière remarque. Il était assez courant, en France, sous la III^e République, de nommer l'armée la Grande Muette. Or je vois que le Département fédéral des finances se prend pour l'armée. Il est devenu la Grande Muette! Nous aimerais enfin l'entendre et il ne dit rien. Je pense que le Conseil fédéral de même qu'accessoirement le Secrétariat général de l'Assemblée fédérale, devraient quand même faire en sorte que ce département puisse s'exprimer, étant donné que tous les parlementaires, déjà depuis la semaine passée, sont suspendus aux lèvres de M. Chevallaz!

M. Chevallaz, conseiller fédéral: Soyez bien certains que je ne suis pas la Grande Muette, mais on ne peut pas quand même parler tous ensemble. Il y a un certain ordre qui est prévu dans les interventions et il est d'usage que le Conseil fédéral parle quand chacun a eu l'occasion d'exprimer ses vues.

Nous en resterons au problème de procédure sans nous étendre sur ce que paient réellement déjà les banques dans la fiscalité actuelle, sur la manière dont nous avons augmenté leurs charges, d'une part, sur la manière dont nous avons limité leurs activités, ces dernières années, par une série de dispositions. J'en resterai donc à des questions de procédure. Je vous rappellerai que le Conseil fédéral n'a pas proposé de lui-même, initialement, l'impôt anticipé sur les dépôts fiduciaires. Il avait quelques doutes sur le rendement fiscal de cette opération et sur ses conséquences économiques possibles. Le groupe socialiste a fait de cette imposition, dans le débat au Conseil national, la condition de son adhésion à la réforme fiscale. Appréciant à la fois la relativité, le caractère économique marginal de cette taxe d'impôt anticipé ramené à 5 pour cent sur les avoirs fiduciaires, le Conseil fédéral, dans le débat, a déclaré par ma voix qu'il ne faisait pas opposition à la proposition du groupe socialiste.

Sur quoi, le Conseil national a rejeté cette proposition par 88 voix contre 68. En dépit de cette claire décision de votre conseil, le Conseil fédéral a estimé qu'il devait tenter encore un nouvel effort de conciliation, ou donner la main à un nouvel effort de conciliation, pour ramener le plus large regroupement indispensable au succès de la réforme fiscale.

Par là, nous avons déjà au moins, d'ailleurs, par anticipation, partiellement en tout cas, répondu au postulat de votre conseil. Dès lors, le Conseil fédéral, se fondant sur l'article 16, de la loi sur les rapports entre les conseils, utilisant la procédure du «Rückkommensantrag», a proposé à la commission du Conseil des Etats, lors de son examen des divergences, de revenir sur le problème en déposant devant elle, sur ce point, une proposition de texte

amendant la loi sur l'impôt anticipé en cours de discussion.

La commission du Conseil des Etats, à l'unanimité moins une voix, a refusé de donner suite à cette proposition. Le débat a tout de même eu lieu devant le plénium du Conseil des Etats, à mon avis à juste titre, ce Conseil des Etats qui, à la majorité des deux tiers, n'a pas voulu, comme on le lui proposait, inviter sa commission à revoir sa décision.

En vertu de l'article 16 de la loi sur les rapports entre les conseils, les conditions indispensables au «Rückkommensantrag», c'est-à-dire l'adhésion des deux commissions, ne sont ainsi, je le regrette, pas remplies. Le Conseil fédéral, les juristes consultés, ne peuvent que le constater. Il vous revient d'appliquer les lois que vous avez votées et, pour répondre à une question posée tout à l'heure, le Conseil fédéral ne dispose pas de quelque droit supérieur qui l'autoriserait à transgresser ces lois ou même à vous proposer de les transgesser. C'est ainsi, je le regrette. Nous sommes aussi ligotés ainsi que M. Riesen le constatait tout à l'heure, mais les lois sont quand même faites pour qu'on les respecte, en règle générale au moins.

Dès lors, la seule procédure possible, en l'occurrence, me paraît celle d'une motion, aussi urgente que vous voulez, demandant au Conseil fédéral de préparer l'amendement de la loi dans une procédure ultérieure à celle qui court actuellement et qu'il nous faut mener à son terme rapidement si nous voulons conserver le taux de l'impôt anticipé de 35 pour cent l'année suivante, cette procédure de la motion ou la voie d'une initiative parlementaire allant dans le même sens.

Voilà pour la situation de procédure où nous sommes. Le Conseil fédéral ne renie pas, dans sa substance, la proposition qu'il avait faite à la commission du Conseil des Etats, mais il ne peut, je le regrette, que se plier aux règles de la procédure dont vous avez, par vos lois, doté la Confédération. Nous n'e sommes pas supérieurs aux lois, on peut le regretter, mais nous nous y plions.

M. Richter, rapporteur: Nous avions besoin de vous donner cette explication concernant la procédure étant donné les questions qui ont été soulevées lors de notre dernière séance. Pour que tout se déroule normalement sans trop perdre de temps, nous vous faisons la proposition suivante: la commission élargie des finances se réunit demain matin à 7 h 30, de toute façon; alors, qu'elle examine à ce moment-là de nouveau la proposition de M. Riesen; maintenez votre décision de la semaine passée et poursuivez logiquement le débat sur les arrêtés C et D maintenant.

Eisenring, Berichterstatter: Wir kommen auf das zurück, was wir letzte Woche beschlossen haben. Dieses Intermezzo hat Ihnen die rechtliche Situation klargemacht. Wenn nun aber nicht einmal die Juristen nachkommen, nehmen wir das Geschäft in die Kommission zurück. Morgen um 7.30 Uhr findet ohnehin eine Sitzung der Finanzkommission statt. Ueber den Ordnungsantrag muss nicht abgestimmt werden. Ich komme also auf das zurück, was Sie Ende vergangener Woche beschlossen haben, nämlich es seien die Beratungen über den Beschluss B abzubrechen und die Beratungen über die anderen Beschlüsse fortzusetzen.

Präsident: Die Berichterstatter der Finanzkommission schlagen vor, hier die Beratungen über den Beschluss B abzubrechen im Sinne des Beschlusses vom letzten Donnerstag und die Beratungen über die Beschlüsse C und D jetzt weiterzuführen. Wird ein anderer Antrag gestellt? Es ist nicht der Fall. Sie haben so beschlossen.

C

Bundesbeschluss über die Einführung einer Autobahnvignette

Arrêté fédéral relatif à l'institution d'une vignette pour l'usage des autoroutes

Antrag der Kommission

Festhalten

Antrag Bonnard

Zustimmung zum Ständerat (= Nichteintreten)

Proposition de la commission

Maintenir

Proposition Bonnard

Adhésion à la décision du Conseil des Etats (= ne pas entrer en matière)

M. Bonnard: Je vous propose de ne pas entrer en matière. Les motifs que j'invoque n'ont rien d'original. Ce sont exactement ceux qui ont conduit le Conseil des Etats à prendre la décision à laquelle je vous demande d'adhérer. Je les rappelle très sommairement. Ni la constitution ni la loi n'imposent une procédure de consultation lors de l'élaboration d'un texte constitutionnel. En revanche, un usage s'est introduit dans ce sens et il vaut bien, par sa continuité, une disposition légale. Cette façon de procéder est utile et même nécessaire car elle permet de mieux tenir compte des intérêts en cause et souvent de désarmercer des oppositions fatales au projet. Or, en l'espèce, il n'y a eu aucune consultation des associations d'usagers: Touring Club et Automobile-Club, par exemple; aucune consultation des cantons; aucune consultation enfin des associations économiques. Or ces associations ont un intérêt évident à pouvoir s'exprimer au nom des usagers. Les cantons aussi doivent être consultés car les contrôles nécessaires poseront de nombreux problèmes au niveau cantonal. N'oublions pas en particulier l'avis des associations économiques notamment de celles du tourisme, c'est-à-dire d'une branche directement touchée par l'introduction d'une vignette. Qui plus est, le Conseil fédéral lui-même n'a pas eu la possibilité de procéder à une étude suffisamment approfondie de toutes les questions que pourrait poser l'introduction d'une vignette. Il n'a dès lors pas pu faire connaître aux Chambres son avis motivé et définitif. Il n'a donné qu'un premier avis qui, nécessairement, laisse dans l'ombre un certain nombre de problèmes. Cette double carence dans la consultation, au niveau du gouvernement, d'une part, au niveau des cantons et des associations d'autre part, nous interdit, à mes yeux, de pousser maintenant plus avant l'examen du projet. Si nous insistons, nous courons à l'échec presque à coup sûr. Ni les cantons, ni les associations dont je parlaïs il y a un instant, en particulier les associations d'usagers et Dieu sait leur importance, n'accepteront d'appuyer un projet qui les touche aussi directement et sur lequel il n'ont pas reçu les explications détaillées que seul un rapport gouvernemental peut fournir.

Le Conseil des Etats a voté dans cette affaire une motion qui invite le Conseil fédéral à engager la procédure de consultation en vue de la création des bases constitutionnelles nécessaires aussi bien pour la vignette que pour l'imposition du trafic lourd. Votre commission vous invite à vous rallier à cette motion. Le Conseil fédéral a déclaré d'une manière parfaitement claire devant la commission qu'il était décidé à agir dans ce sens avec la détermination requise. Cela doit nous suffire pour l'instant. Je vous recommande, dès lors, de ne pas entrer en matière.

Kaufmann: Ich möchte kurz folgendes feststellen: Wir sind in dieser Differenzbereinigung vom Ständerat nicht sehr verwöhnt worden, und bei den Strassenverkehrsabgaben sind die Vorschläge des Ständerates meiner Auffassung nach auch nicht besonders originell. Der Stände-

rat schlägt eine Motion zur Durchführung eines Vernehmlassungsverfahrens vor. Schon in der Kommission habe ich gesagt, diese Motion erweise sich als ein «Postulätcchen». Ich erinnere daran, dass der Ständerat schon lange Gelegenheit gehabt hätte, die Motion, die seinerzeit durch Frau Uchtenhagen eingebbracht worden ist, erheblich zu erklären. Diese Motion ruht aber meines Wissens in den Schubladen oder im Keller des Ständerates. Die Kommission des Ständerates hat seit 1974 in dieser Frage Berichte und Stellungnahmen des Bundesrates angefordert. Der Bundesrat wird mit unserem Antrag daher auch keineswegs überfahren. Der Bundesrat weiss seit 13 Jahren um dieses Anliegen, und seit sechs Jahren liegen Begehren aus dem Nationalrat vor. Wir haben zudem seit 1968 umfangreiche Berichte des Bundesrates und des Amtes für Strassen- und Flussbau zu dieser Frage. Es ist aber ein offenes Geheimnis, dass der Bundesrat in dieser Sache nichts unternehmen will. Deshalb hat der seinerzeitige Beschluss des Nationalrates Signalwirkung gehabt. Persönlich glaube ich, dass wir in der Differenzbereinigung durchaus eine Einigung mit dem Ständerat erzielen könnten, und zwar auf folgender Basis: Wir halten gemäss Mehrheitsantrag an unserem Beschluss fest und dürfen dann vielleicht vom Ständerat auch ein Eintreten erwarten, wobei ich von mir aus – und ich glaube, das ist die Meinung vieler – sagen würde: Der Ständerat kann sich zur Behandlung der Verfassungsgrundlage ohne weiteres die notwendige Zeit lassen, d.h. er kann zuwarten, bis das Vernehmlassungsverfahren, das er wünscht, durchgeführt ist. Der Unterschied zwischen den beiden Stellungnahmen liegt darin, dass bei Festhalten an unserem Beschluss die Behandlung eines Zulassungsartikels jederzeit weiterverfolgt und vom Parlament aus der nötige Druck auf den Bundesrat ausgeübt werden kann. Wenn Sie jetzt die Frage der Verfassungsgrundlage ausklammern und dem «Postulätcchen» des Ständerates zustimmen, so wird es weitere 13 Jahre dauern, bis diese Sache tatsächlich dem Volk zur Abstimmung unterbreitet wird. Dabei geht es gar nicht um die Einführung der Vignette, sondern um die Frage, ob das Volk zu einer Zulassungsgrundlage Stellung beziehen kann.

M. Richter, rapporteur: C'est par 14 voix contre 8 que la commission a décidé de maintenir son arrêté pour les motifs évoqués par les partisans de l'institution d'une vignette.

Je vous rappelle que dès le début de nos débats, le Conseil fédéral s'est fondamentalement opposé à la discussion des arrêtés et partant de l'idée – et le chef du Département des finances l'a déclaré devant le Conseil des Etats – que les investissements qui ont été faits pour l'étude de la conception générale des transports méritaient de la part du Parlement davantage d'attention au moment où une application devait être trouvée. Par conséquent, il y avait lieu d'examiner ces arrêtés dans toute leur ampleur. L'institution d'une vignette ne pouvait pas être adoptée sans que l'on recoure à la procédure de consultation. C'est d'ailleurs dans ce sens que se sont exprimés la majorité des opposants au sein de votre commission. Personnellement, j'ai toujours été un adversaire de l'introduction de cette vignette; ce n'est pas maintenant que je pourrais la trouver plus opportune, d'autant poids lourds, etc...». D'un côté, on demande au Conseil des Etats, laquelle précise: «Le Conseil fédéral est prié d'engager la procédure de consultation en vue de la création d'une base constitutionnelle pour l'institution d'une vignette pour l'usage des autoroutes et d'un impôt des poids lourds, etc...». D'un côté, on demande au Conseil fédéral d'examiner le problème et, de l'autre, on veut le faire adopter rapidement! Au nom de la minorité de la commission, je vous propose de suivre la proposition de M. Bonnard, et de ne pas accepter cet arrêté-ci.

Eisenring, Berichterstatter: Erlauben Sie mir, kurz den Antrag der Mehrheit zu vertreten. Eine grosse Diskussion

innerhalb der Kommission fand nicht mehr statt. Herr Bratschi beantragte Festhalten, Herr Allgöwer stellte den Gegenantrag und Herr Kaufmann äusserte sich im vorerwähnten Sinn. Nun hat er heute einen neuen Punkt in die Diskussion geworfen; er geht dahin, dass wir an unserem Beschluss festhalten sollen, und der Ständerat könnte dann im Rahmen eines anschliessenden langatmigen parlamentarischen Verfahrens das Vernehmlassungsverfahren durchführen lassen. Ob das möglich ist, bleibe dahingestellt. Ich habe diese bemerkenswerte Anregung immerhin besonders festhalten wollen. Wichtige Gründe zugunsten der Vignette sind nicht mehr angeführt worden. Die Meinungen sind zwischen beiden Räten sehr geteilt. Die nationalrätliche Kommission beantragt Ihnen, unter Hinweis auf das bereits letztesmal gute Abstimmungsverhältnis, an Ihrem Beschluss festzuhalten.

M. Chevallaz, conseiller fédéral: Je vous rappelle que le Conseil fédéral ne fait d'opposition de principe ni à la vignette ni surtout à la taxe sur les poids lourds dont il a d'ailleurs déjà accepté le principe. Mais, en revanche, il s'oppose et continuera à s'opposer à la procédure expéditive et sommaire que vous avez choisie. Il souhaite vous voir préférer la procédure usuelle de consultation des cantons et des milieux économiques qui peut se faire dans des délais assez rapides. Il souhaite aussi pouvoir présenter au peuple, lors de la votation sur l'article constitutionnel, des propositions plus étayées quant aux modalités et quant à l'emploi de ces redevances qu'un article constitutionnel littéralement – permettez-moi le terme – improvisé. Il entend d'ailleurs intégrer cet examen à la conception générale des transports.

En revanche, le Conseil fédéral a accepté la motion élaborée par le Conseil des Etats. Dans l'exécution de cette motion, nous sommes prêts à engager à bref délai des consultations. Mais nous pourrions difficilement le faire, il faut le dire, s'il subsistait encore, non réglée, la divergence entre le Conseil des Etats et votre conseil, à ce propos. Or tout amène à penser que la divergence subsistera. Si vous renonciez à votre proposition d'article constitutionnel, vous libérez la voie à la consultation, à l'élaboration rapide d'un article constitutionnel et de la loi d'application dans des délais proches. C'est donc, à notre avis, la voie la meilleure à suivre que nous vous conseillons, qui est celle du Conseil des Etats et de la minorité de votre commission.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission

68 Stimmen

Für den Antrag Bonnard

55 Stimmen

D

Bundesbeschluss über die Einführung einer Schwerverkehrssteuer

Arrêté fédéral relatif à l'institution d'un impôt sur le trafic des poids lourds

Antrag der Kommission

Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

(= Nichteintreten)

Minderheit

(Welter, Bratschi, Grobet, Hubacher, Riesen-Freiburg, Schmid-St. Gallen, Stich, Uchtenhagen, Waldner)

Festhalten

Proposition de la commission

Majorité

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

(= Ne pas entrer en matière)

Minorité

(Welter, Bratschi, Grobet, Hubacher, Riesen-Fribourg, Schmid-St. Gall, Stich, Uchtenhagen, Waldner)

Maintenir

Welter, Sprecher der Minderheit: Ich habe Ihnen namens der Kommissionsminderheit den Antrag zu stellen, am ursprünglichen Beschluss des Nationalrates festzuhalten. Ich gestatte mir, Ihnen in Erinnerung zu rufen, dass die erweiterte Finanzkommission unseres Rates mit 15 : 8 Stimmen den Antrag auf Einführung einer Schwerverkehrssteuer angenommen hat. In der Folge hat auch der Nationalrat in der Herbstsession dieses Jahres nach einer sehr einlässlichen Diskussion in der Gesamtabstimmung des Bundesbeschlusses D über die Einführung einer Schwerverkehrssteuer mit 90 Ja gegen 62 Nein zugestimmt.

Im Grunde genommen erübrigts es sich, das Problem noch einmal grundsätzlich aufzugreifen. Ich beschränke mich deshalb, Ihnen im Sinne einer Zusammenfassung die Gedanken zu nennen, welche dem Antrag der Kommissionsminderheit zugrunde liegen.

1. Was wir verlangen, ist ein Kompetenzartikel in der Bundesverfassung, der den Bund ermächtigt, eine Schwerverkehrssteuer zu erheben. Dazu braucht es unseres Erachtens kein besonderes Vernehmlassungsverfahren mehr, nachdem die Gesamtverkehrskommission, in der alle massgebenden Stellen vertreten sind, aber auch das Amt für Verkehr, unmissverständlich festgestellt haben, dass sich die Kostendeckung beim Schwerverkehr lediglich zwischen 44 Prozent und 67 Prozent bewegt und sich schon aus diesem Grunde die Erhebung der genannten Steuer absolut rechtfertigen lässt. Es kommt hinzu, dass auch Erwägungen der Verkehrssicherheit, des Umweltschutzes und des Energiesparns für eine volle Deckung der vom Schwerverkehr verursachten Infrastrukturkosten sprechen.

Anders verhält es sich mit der Ausführungsgesetzgebung. Sie ist Inhalt der Motion des Nationalrates, die ebenfalls auf Seite 11 der Fahne abgedruckt ist. Die Motion will den Bundesrat beauftragen, unverzüglich ein Vernehmlassungsverfahren durchzuführen, um das ganze Prozedere so zu beschleunigen, dass die Phase der Gesetzgebung bis Ende 1979 – ich meine, jedenfalls vor Eröffnung des Gotthard-Strassentunnels – abgeschlossen werden kann. Ich möchte unterstreichen, dass es unerlässlich sein wird, die Schwerverkehrssteuer nicht nur für die Befahrung der Nationalstrassen zu erheben, sondern das ganze Strassennetz miteinzubeziehen, damit die schweren Laster nicht auf die Hauptstrassen oder gar auf die Nebenstrassen ausweichen.

Ebenso unerlässlich wird es sein, die ausländischen Lastwagen, welche unser Strassennetz benützen, mit der Schwerverkehrssteuer zu belasten, weil sie in der Regel überhaupt nicht in der Schweiz auftanken und demzufolge überhaupt keine Wegkostendeckung erbringen.

Im Hinblick auf die Bundesfinanzen und weil der Bund bereits heute die Hauptstrassen subventioniert und mehr und mehr auch die Kantone beim Unterhalt des Nationalstrassennetzes unterstützen muss, rechtfertigt es sich, dass die rund 360 Millionen, welche die Schwerverkehrssteuer – nicht nach meinen Berechnungen, sondern nach denjenigen der eidgenössischen Finanzverwaltung –, erbringen dürfte, der Bundeskasse zugeführt werden.

Schliesslich sind wir der Meinung, dass es sich verantworten lässt, die Schwerverkehrssteuer aus dem Paket der Gesamtverkehrskonzeption herauszunehmen und sie vorzuziehen, ohne dass deshalb die Verdienste der GVK geschmäler werden. Es scheint uns nämlich eine Verkenntung der politischen Möglichkeiten zu sein, wenn angenommen wird, ein Gesamtpaket der GVK lasse sich in einem Ablauf realisieren. In der Regel lassen sich bei uns Neuerungen nur Schritt für Schritt verwirklichen.

Aus all diesen Gründen bitte ich Sie namens der Kommissionsminderheit, am Beschluss des Nationalrates vom

28. September 1978 und damit an der Schwerverkehrssteuer festzuhalten.

Bratschi: Wenn wir jetzt noch einmal auf diese Schwerverkehrssteuer zu sprechen kommen, so müssen wir beachten, was wir gerade vorgängig bei der Vignette beschlossen haben, nämlich Festhalten an unserem ursprünglichen Beschluss, die Vignette dem Volk vorzulegen. Es erscheint nun wirklich nicht sehr logisch, wenn man den Vignetten-Beschluss vor das Volk bringen will, den Schwerverkehr anderseits aber nicht. Ich darf hier ganz unverdächtige Zeugen meinerseits bringen, und zwar unverdächtig deshalb, weil sie nicht auf meiner politischen Linie liegen, nämlich die Bank Julius Bär & Co. AG; sie hat in ihren «Allgemeinen Bemerkungen» vom 30. November 1978 folgendes ausgeführt: «Die soeben erwähnte Kategorienrechnung zeigt anderseits auf, dass der Strassenschwerverkehr seine anteiligen Strassenkosten nur etwa zu zwei Dritteln deckt. Diese Angabe ist ein Durchschnittswert. Er liegt höher bei den Lastwagen, tief bei den Anhängern, so dass auch die Lastenübe unter dem Durchschnittswert sind. Konsequente Verkehrspolitik» – ich wiederhole: konsequente Verkehrspolitik – «erfordert, dass diese Unterdeckung bei den Wegekosten des Strassenschwerverkehrs beseitigt wird.» Im übrigen führt die Bank Bär noch folgendes aus: «Die vorstehenden Ausführungen haben gezeigt, dass sich Autobahn-Vignetten nicht rechtfertigen lassen» (wir haben dem jetzt zugestimmt), «ausser man sehe in ihnen eine reine Fiskalmaßnahme; diese wären aber wegen der Erhebungskosten und anderer Komplikationen unergiebig und würden als solche vom Schweizer Volk wahrscheinlich abgelehnt.» Jetzt der wichtige Satz: «Ein ganz anderer Sachverhalt liegt bei der Schwerverkehrssteuer vor, die sowohl verkehrs- als auch finanzpolitisch geboten erscheint.»

Wenn wir schon zur Vignette ja sagen, müssen wir jetzt zum Schwerverkehr unbedingt auch ja sagen und an unserem Beschluss, den wir seinerzeit klar gefasst haben, festhalten, nämlich so, dass wir nicht auf den Ständerat einschwenken, sondern die Vignette genau gleich behandeln wie den Schwerverkehr.

Stimmen Sie deshalb dem Antrag Welter zu!

M. Richter, rapporteur: Ici également, au sein de la commission, des voix se sont élevées pour s'insurger contre la procédure particulière utilisée pour introduire cet impôt sur le trafic des poids lourds au-delà des procédures habituelles de consultation. En fait, la commission du Conseil national a finalement décidé d'adhérer à la décision du Conseil des Etats, par 12 voix contre 10, et nous vous recommandons également ici d'accepter les conclusions du Conseil des Etats, donc de ne pas entrer en matière sur cet arrêté D.

Eisenring, Berichterstatter: In der Kommission wurde der Antrag auf Zustimmung zum Ständerat mit 12 gegen 10 Stimmen gutgeheissen. Einzelheiten mögen hier nicht mehr zu interessieren; es ist alles gesagt worden.

Ich empfehle Ihnen, der Beschlussfassung des Ständerates Ihre Zustimmung zu erteilen.

M. Chevallaz, conseiller fédéral: Je ne veux pas réfuter sur le fond la proposition de M. Welter car je suis d'accord, et le Conseil fédéral est d'accord avec lui. Mais nous souhaitons que cette taxe puisse être présentée au peuple dans les meilleures conditions de préparation et de persuasion, et c'est pourquoi nous vous proposons la procédure traditionnelle au lieu d'un article constitutionnel improvisé. Forts de l'avis catégorique du chef du département intéressé, qui est chargé de l'application et de la mise en œuvre de la conception globale des transports, nous vous demandons de suivre les propositions de la majorité de votre commission et du Conseil des Etats et de ne pas entrer en matière.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit	50 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit	69 Stimmen

Motion des Ständerates. Autobahnvignette und Schwerverkehrssteuer

Der Bundesrat wird beauftragt, das Vernehmlassungsverfahren für die Schaffung der Verfassungsgrundlage zur Einführung einer Autobahnvignette und einer Schwerverkehrssteuer in die Wege zu leiten und der Bundesversammlung bis spätestens Ende 1979 entsprechende Botschaften zu unterbreiten.

Motion du Conseil des Etats. Vignette pour l'usage des autoroutes et impôt sur le trafic des poids lourds

Le Conseil fédéral est prié d'engager la procédure de consultation en vue de la création d'une base constitutionnelle pour l'institution d'une vignette pour l'usage des autoroutes et d'un impôt sur le trafic des poids lourds et de soumettre à cet effet un message aux Chambres fédérales jusqu'à fin 1979 au plus tard.

Angenommen – Adopté

Präsident: Zur Motion des Ständerates liegen keine Gegenanträge vor; Sie haben zugestimmt.

Die Bundesbeschlüsse A, C und D gehen an den Ständerat. Ueber das Bundesgesetz B werden wir später befinden.

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

78.065

Wirtschaftliche Schwierigkeiten. Milderung**Difficultés économiques. Allégement**

Botschaft, Beschlussentwürfe und Gesetzentwurf vom 23. Oktober 1978 (BBl II, 1373)

Message, projets d'arrêtés et projet de loi du 23 octobre 1978 (FF II, 1441)

Antrag der Kommission

Eintreten

Proposition de la commission

Entrer en matière

Postulat der Kommission. Wirtschaftliche Schwierigkeiten. Milderung

Die gegenwärtige Wirtschaftslage lässt die Möglichkeit von regionalen oder branchenmässigen Beschäftigungseinbrüchen im Jahr 1979 nicht ausschliessen. Der Bundesrat wird aufgefordert, gezielte Beschäftigungsprogramme vorzubereiten, die bei Bedarf rasch eingesetzt werden können.

Diese Programme sollen insbesondere folgende Gesichtspunkte berücksichtigen:

- Hohe Multiplikationswirkung auf die Binnenwirtschaft.
- Erleichterung der Bildung von Risikokapital, insbesondere für mittlere und kleine Betriebe.
- Investitionsbonus an Kantone und Gemeinden.

Postulat de la commission. Difficultés économiques. Allégement

La situation économique actuelle n'exclut pas la possibilité de fléchissement de l'emploi par région ou par branche en 1979. Le Conseil fédéral est tenu de préparer des pro-

grammes ponctuels visant à procurer du travail qui pourront être rapidement mis en œuvre en cas de besoin. Ces programmes devraient en particulier tenir compte des points suivants:

- Effet multiplicateur élevé sur l'économie intérieure.
- Faciliter la constitution de capital-risque, en particulier pour les petites et moyennes entreprises.
- Aide en matière d'investissements aux cantons et aux communes.

Motion der Kommissionsminderheit. Beschäftigungseinbruch. Massnahmen

(Hubacher, Eggli-Winterthur, Felber, Loetscher, Meizoz, Rothen, Uchtenhagen)

Um dem drohenden Beschäftigungseinbruch zu begegnen, wird der Bundesrat aufgefordert, folgende Massnahmen zu ergreifen:

- Vorlage eines umfassenderen Beschäftigungsprogramms mit einem Ausgabenstoss von mindestens 500 Millionen Franken mit Multiplikationswirkung auf die Binnenwirtschaft. Namentlich sollen in folgenden Bereichen Investitionen getätigt oder mitfinanziert werden:
 - Nachisolation von Altbauten zur Energieersparnis,
 - Modernisierung der Altbaubestände in städtischen und ländlichen Gebieten,
 - Rollmaterialkäufe für die öffentlichen Verkehrsbetriebe.
- Finanzhilfen über Bürgschaften, Kredite, Beteiligungen – sei es direkt oder über gesamtwirtschaftliche Träger –, nicht zuletzt auch im Hinblick auf Förderung der regionalen Wirtschaften. Diese Hilfe hat dank Begünstigung insbesondere auch Klein- und Mittelbetriebe zu stützen.
- Um der Zunahme der Jugendarbeitslosigkeit entgegenzutreten, sind Berufsbildungseinrichtungen zu fördern, namentlich durch Mitfinanzierung von Lehrlingswerkstätten in Gemeinden und Kantonen. Der Bund selbst hat als Arbeitgeber vermehrt Lehrstellen zu schaffen und zu prüfen, wie diese bei Privatbetrieben gefördert werden können (z. B. über einen Ausbildungspool).
- Der Personalstopp ist aufzuheben oder gezielt zu lokalisieren.

Motion de la minorité de la commission. Fléchissement de l'emploi. Mesures

(Hubacher, Eggli-Winterthour, Felber, Loetscher, Meizoz, Rothen, Uchtenhagen)

Afin de lutter contre le fléchissement de l'emploi qui menace, le Conseil fédéral est invité à prendre les mesures suivantes:

- Projet d'un programme complet visant à procurer du travail qui porte sur des dépenses d'au moins 500 millions de francs ayant un effet multiplicateur sur l'économie intérieure. On devrait en particulier procéder à des investissements ou en assurer partiellement le financement dans les domaines suivants:
 - Amélioration de l'isolation de vieux bâtiments en vue d'économiser de l'énergie;
 - Modernisation des vieux bâtiments dans les secteurs citadins et ruraux;
 - Achats de matériel roulant pour les régies publiques.
- Aides financières par cautionnements, crédits ou participations, que ce soit directement ou par l'intermédiaire de responsables d'organisations d'économie mixte. La promotion des économies régionales ne serait pas la moindre des raisons de telles aides. Cette aide doit surtout favoriser les petites et moyennes entreprises.
- Afin de lutter contre l'augmentation du chômage des jeunes, il faut encourager les institutions de formation professionnelle, en particulier par le financement d'ateliers d'apprentissage dans les communes et les cantons. La Confédération elle-même est tenue – à titre d'employeur – de créer plus de places d'apprentissage et d'examiner comment il est possible de promouvoir une telle création de

Bundesfinanzreform 1978

Réforme des finances fédérales 1978

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1978
Année	
Anno	
Band	VII
Volume	
Volume	
Session	Wintersession
Session	Session d'hiver
Sessione	Sessione invernale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	05
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	78.019
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	04.12.1978 - 14:15
Date	
Data	
Seite	1649-1657
Page	
Pagina	
Ref. No	20 007 156